

Deutschland und die UNO: eine abgekühlte Freundschaft?*

Johannes Varwick

I. Deutschland und die Vereinten Nationen

Lassen Sie mich zunächst darauf hinweisen, dass man sich dieser wie anderen Fragestellungen aus mindestens drei Perspektiven nähern kann – die jeweils eine eigene Rationalität haben. Man könnte erstens mit einer Entscheiderperspektive, also einer politischen Logik, man könnte zweitens mit einer Beamtenperspektive, also einer bürokratischen Logik aus Sicht des Apparates, und drittens mit einer Beobachterperspektive, also einer analytischen Logik, an diese Frage herantreten. Ich möchte heute, Sie werden das gleich merken, aus der dritten Perspektive argumentieren – was nicht heißt, dass ich kein Verständnis für die anderen beiden Perspektiven hätte oder ihnen gar eine innere Logik absprechen würde. Diese sind im besten Fall ebenfalls rational, aber eben zweckrational.

Außenpolitische Entscheidungen werden stets durch einen Zweiklang bestimmt: was ist außenpolitisch machbar und was ist innenpolitisch mehrheitsfähig? Das gilt gewiss auch bei diesem Thema. Die Vereinten Nationen bilden nach regierungsamtlicher deutscher Einschätzung ein unverzichtbares Kernstück innerhalb der multilateralen Orientierung der deutschen Außenpolitik, und Deutschlands Mitgliedschaft in den UN ist „zentraler Bestandteil deutscher Friedens-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik“, so etwa das Auswärtige Amt auf seiner Internet-Homepage im Sommer 2009¹.

* Schriftliche Fassung des Vortrages am 30. Juni 2012 in Potsdam. Für die Veröffentlichung wurde die Vortragsform beibehalten, nur die wichtigsten Quellenangaben wurden hinzugefügt. Systematischere Hinweise zur deutschen UN-Politik finden sich bei *Johannes Varwick*, Die deutsche UNO-Politik, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2. Auflage 2011, S. 514-531, und *Johannes Varwick*, Deutschland und die Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen, in: Stephan Böckenförde/Sven Bernhard Gareis (Hrsg.), Deutsche Sicherheitspolitik. Herausforderungen, Akteure und Strategien in einer Welt im Wandel, Opladen 2. Auflage 2012 (i.E.).

¹ *Auswärtiges Amt*, Internetwebseite zum Thema Vereinte Nationen, Übersicht (Stand: 15.9.2009), <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/Uebersicht.html>. Siehe auch die jeweiligen zweijährlich veröffentlichten „Berichte der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen“, die auf der Webpage des Auswärtigen Amtes zu finden sind sowie auf der Webpage

Dieser Ansatz wird in Deutschland sowohl von einem breiten parteipolitischen Konsens als auch von intensiver zivilgesellschaftlicher Unterstützung getragen. Der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer² erklärte vor der UN-Generalversammlung im Jahr 2001, die Weltorganisation sei in „einzigartiger Weise dazu befähigt“, die Grundlagen einer „kooperativen Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert“ zu entwerfen und umzusetzen. Sein Nachfolger im Amt, Frank-Walter Steinmeier³, führte 2006 ebenfalls vor der Generalversammlung aus: „Das wiedervereinigte Deutschland sieht sich in der Pflicht, die Vereinten Nationen nach Kräften zu unterstützen, um eine friedlichere und gerechtere Welt zu gestalten ... Wir brauchen die Vereinten Nationen in den kommenden Jahrzehnten nach meiner Überzeugung mehr denn je“. Auch der Außenminister der seit September 2009 amtierenden Koalition aus CDU/CSU und FDP, Guido Westerwelle⁴, erklärte, dass die UN „das Herzstück einer Weltpolitik, die auf Kooperation setzt“, bleiben sollten. In der Generalversammlung 2011 argumentiert Westerwelle⁵: „In dieser Welt setzt Deutschland auf starke Vereinte Nationen: als Forum politischer Konsensbildung, als Quelle umfassend legitimierter Regelsetzung, als Akteur in den Krisengebieten dieser Welt“. Bundeskanzlerin Angela Merkel⁶ hielt 2007 ebenfalls in der Generalversammlung fest: „Für mich steht außer Frage: Der Ort, an dem verbindliche gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen gegeben werden können, sind die Vereinten Nationen“.

Ich könnte diese Liste fortsetzen und auch eine intensive Dokumentenanalyse aus allen Bereichen der deutschen Außenpolitik machen oder aus einer Reihe von vertraulichen Gesprächen mit zentralen Akteuren der deutschen UN-Politik berichten: die Grundaussagen wären alle

des Deutschen Bundestages; hier findet sich der aktuelle Bericht für die Jahre 2010 und 2011: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710502.pdf>.

² *Joschka Fischer*, Für den Dialog der Kulturen und Religionen. Rede des deutschen Außenministers vor der 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12.11.2001 in New York, abgedruckt in: Vereinte Nationen 50 (2001), S. 26-27.

³ Rede von Bundesaußenminister Steinmeier vor der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22.9.2006 in New York, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/DE/Infoservice/Presse/Reden/2006/060922-NY-VN-GV-d.html>.

⁴ Rede von Bundesaußenminister Westerwelle vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 3.3.2010, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2010/100303-BM-MRR.html>.

⁵ Rede von Außenminister Guido Westerwelle vor der 66. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26.9.2011 in New York http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2011/110926-BM_VN_GV.html.

⁶ Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor der UN-Generalversammlung in New York am 25.9.2007, abgedruckt in: Vereinte Nationen 55 (2007), S. 215-217; im Internet verfügbar im Archiv der Bundesregierung: <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2007/09/2007-09-25-bk-un-vollversammlung.html?nn=273438>.

ähnlich. Doch helfen solche UN-freundlichen Aussagen zentraler Akteure weiter bei der Beantwortung der Frage meines Vortrags? Ich meine nicht wirklich! Lassen Sie mich deshalb die knappe Zeit darauf verwenden, einige (unvollständige) strategische Grundfragen der deutschen UN-Politik zu erörtern und Ihnen – bestreitbare – Thesen zu Diskussion stellen.

Ich werde dabei weder das nachzeichnen, was für jede(n) Interessierte(n) mehr oder weniger einfach selber zu recherchieren ist (Zahlen, Fakten, offizielle Positionen), noch auf einzelne, besonders spannende Politikfelder (wie die beklagenswerte Weigerung Deutschlands, sich personell an UN-geführten Militäreinsätzen zu beteiligen) eingehen, noch mir die Entscheider- oder Beamtenperspektive zu eigen machen. Vielmehr will ich das Thema sehr knapp – erstens an dem Wandel der grundlegenden Vorstellungen von Multilateralismus sowie zweitens am Fallbeispiel Libyen – diskutieren. Dieser subjektiv gewählte Ausschnitt gibt gewiss keine vorständige Antwort auf die Frage, ob es sich im Verhältnis Deutschland-UN um eine abgekühlte Freundschaft handelt. Aber er bietet vielleicht einige Bestandteile einer Antwort, die wir diskutieren können.

II. Fallbeispiel 1: Multilateralismus und Clubgovernance

Deutsche Außenpolitik setzt erklärtermaßen traditionell auf einen multilateralen Politikstil, der seit der schrittweisen Wiedererlangung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit im Jahr 1955 bzw. der vollständigen Souveränität im Jahr 1990 im Grundsatz nicht zur Disposition steht. Dies ist im Falle Deutschlands nicht nur eine Werteentscheidung, sondern auch Produkt einer historischen Erfahrung. Multilateralismus und die Absage an jedweden deutschen Sonderweg gehörten mithin zum Grundbestandteil der außenpolitischen Kultur der Bundesrepublik, die nicht zuletzt aus wohlverstandener Eigeninteresse zur Staatsräson wurden.

Der daraus ableitbare Politikstil lässt sich mit *Hanns Maull*⁷ als „prinzipieller Multilateralismus“ bezeichnen, der mit einem Engagement für Institutionalisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wie auch der Bereitschaft zu Souveränitätsverzicht und Souveränitätsübertragung einhergeht. Mit diesem Politikstil gelang es der alten Bundesrepublik vergleichsweise gut, ihre nationalen Interessen im Gleichklang mit ihren Partnern durchzusetzen. Diese Einschätzung ist repräsentativ für alle Bundesregierungen der Nachkriegszeit. Ist sie wirklich repräsentativ

⁷ *Hanns W. Maull*, Außenpolitische Kultur, in: Hans-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland Trend-Buch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, S. 645-672.

für alle Regierungen der Nachkriegszeit? Oder hat Deutschland inzwischen, so der Titel meines Vortrags, ein „abgekühltes Verhältnis“ dazu?

Lassen Sie mich also in einem ersten Schritt einige grundsätzliche Gedanken zur multilateralen Politik ausführen. Nach einer formal-deskriptiven Definition bezeichnet Multilateralismus die Praxis der Koordination nationaler Politiken von drei oder mehr Staaten durch Ad-hoc-Vereinbarungen oder Institutionen. Damit ließe sich aber nahezu jede Form zwischenstaatlicher Zusammenarbeit jenseits von Uni- und Bilateralismus als multilateral bezeichnen. Auf der anderen Seite stehen normativ gehaltvolle Konzepte, die Multilateralismus als Politikstil verstehen, bei dem die zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis bestimmter allgemein akzeptierter Verhaltensregeln und Prinzipien ablaufen. Kennzeichnend ist in dieser Perspektive eine, wie *Robert Keohane*⁸ es klassisch genannt hat, Kultur der Reziprozität, der gegenseitigen Verlässlichkeit und des prinzipiellen Verzichts auf unabgestimmtes Verhalten. In der Wissenschaft zeichnet sich eine Dichotomie zwischen zwei Formen des Multilateralismus ab: der sogenannten ‚klassischen‘ und der ‚neuen‘ Form. Der klassische Multilateralismus ist der institutionalisierte, formalisierte Multilateralismus, repräsentiert insbesondere vom UN-System; der neue Multilateralismus ist der selektive Multilateralismus eines Zusammenschlusses Gleichgesinnter zur Lösung bestimmter Probleme. Während das klassische Verständnis größtenteils dem klassischen deutschen Verständnis entspricht, zeichnet sich der ‚neue Multilateralismus‘ durch eine lockerere Form von Ad-hoc-Koalitionen und eine größere Betonung der Output-Legitimität aus.

Wir wissen alle: die machtpolitischen Gewichte in dieser Welt haben sich massiv verschoben. Jenseits etablierter multilateraler Formate haben sich in den vergangenen Jahren neue Formate entwickelt bzw. an Bedeutung gewonnen. Der Begriff „*Club Governance*“ beschreibt das Phänomen solcher informeller Kooperations- und Abstimmungsmechanismen. Im Gegensatz zu den institutionalisierten Formen internationaler Kooperation ist eine solche Zusammenarbeit geprägt durch einen schwachen Institutionalisierungsgrad. Solche „Clubs“ sind also keine klassischen internationalen Organisationen oder Regime, sondern *informelle oder/und schwach institutionalisierte Zusammenkünfte von Staatenvertretern in einem beschränkten Teilnehmerkreis*. In den vergangenen Jahren ist eine Art „Proliferation von Clubs“ auszumachen. Die „G-

⁸

Robert O. Keohane, Reciprocity in International Relations, in: *International Organization* 1 (1986), S. 1-27. Als gute Zusammenfassungen zur neueren in der Wissenschaft breit geführten Multilateralismusdebatte sei empfohlen: Robert Cox (Hrsg.), *The New Realism. Perspectives on Multilateralism and World Order*, London 2007, sowie Joachim Koops, *The European Union as an Integrative Power? Assessing the EU's 'Effective Multilateralism' towards NATO and the United Nations*, Brussels 2011.

20“ ist dabei nur ein besonders prominentes Beispiel. Club-Formate sind also eine Form des selektiven Multilateralismus, die bestimmte Interessen oder auch Werte verfolgen und auf die Bearbeitung konkreter Probleme zielen. Denkbar sind verschiedene Ad-hoc-Formate und informelle Netzwerke. Der Grad der Institutionalisierung wird bewusst niedrig gehalten, um die Informalität und Flexibilität dieser Formate zu gewährleisten.

Will man den Versuch machen, die Leistungsfähigkeit, die Grenzen und Chancen der Club-Governance im Vergleich zum klassischen Multilateralismus auszuloten, dann lassen sich mit *Ulrich Schneckener*⁹ die Parameter Legitimität, Effektivität, Kohärenz und Ressourcenmobilisierung unterscheiden.

- Legitimität: wer ist an Entscheidungen beteiligt und wer hat Zugang zum „Club“?
- Effektivität: sind die Gremien in der Lage, ihre Ziele zu erreichen und zu „liefern“?
- Kohärenz: sind die Beschlüsse einigermaßen widerspruchsfrei und aufeinander abgestimmt?
- Ressourcenmobilisierung: können finanzielle und politische Ressourcen zur Umsetzung der gefassten Beschlüsse mobilisiert werden?

Daraus lässt sich ein „magisches Viereck multilateraler Politik“ konstruieren, mit dessen vier Ecken Legitimität, Effektivität, Kohärenz und Ressourcenmobilisierung die Relevanz solcher Foren zu einem großen Teil determiniert werden. Es lässt sich argumentieren, dass mit Formen des selektiven Multilateralismus unter Umständen effektiv agiert werden kann, die Legitimität aber nicht besonders hoch ist. Gleichwohl kommt es dabei auf die Frage an, ob man – um es in der Terminologie von *Fritz Scharpf*¹⁰ auszudrücken – eher auf die sogenannte Output-Legitimität oder eher auf Input-Legitimität zielt.

⁹ *Ulrich Schneckener*, Globales Regieren durch Clubs, Berlin 2009 (SWP-Studie).

¹⁰ *Fritz W. Scharpf*, Regieren in Europa, Frankfurt a. M./New York 1999.



Die informellen Elemente sind dabei für die Lösung aktueller Krisen und Konflikte zuständig. Die formalen Elemente konzentrieren sich auf die Implementierung und vor allem die Legitimation der Ergebnisse der informellen Gruppen. So ein „Multilateralism light“ erinnert aber an das Konzert der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert: keine formalen Regeln oder Verträge; keine permanenten Strukturen; Entscheidungen fallen immer auf Konsensbasis und sind selektiv und exklusiv.

Es ist vor allem der Druck dieses paradigmatischen Wandels im Verständnis von Multilateralismus, mit dem sich die Vereinten Nationen gegenwärtig konfrontiert sehen und der auch die deutsche Außenpolitik herausfordert. Ich komme darauf zurück.

III. Fallbeispiel 2: Libyenkrise 2011¹¹

Wir kennen alle die Fakten, deshalb nur kurz zur Erinnerung: Erstmals stimmte Deutschland am 17. März 2011 anders ab als alle anderen im UN-Sicherheitsrat vertretenen NATO- und EU-Partner: Es enthielt sich bei der Libyen-Resolution S/RES/1973. Zunächst: Prinzipiell ist es ein

¹¹ Siehe etwas ausführlicher: *Johannes Varwick*, Ist Deutschland außenpolitisch isoliert? in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 3 (2011), S. 275-279.

verbrieftes Recht, sich als Mitglied im Sicherheitsrat zu enthalten. Der prinzipielle Multilateralismus Deutschlands hat sich dabei bereits seit Ende der 1990er Jahre sukzessiv verändert. Die Äußerungen des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 hinsichtlich eines „deutschen Weges“ in der Außenpolitik haben diese Beobachtungen bestätigt. Auch die frühzeitige Festlegung Schröders, Deutschland werde als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats für die Jahre 2003 und 2004 unabhängig vom Ergebnis der Waffeninspekteure eine gewaltsame Entwaffnung des Irak nicht unterstützen, deutete auf eine Veränderung hin.

Der Fall Libyen ist eine weitere Zäsur in der deutschen Außenpolitik. Die Aussage von Außenminister Guido Westerwelle in einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung im März 2011,

„Eine solche Entscheidung kann man nicht allein deswegen treffen, weil andere sie so getroffen haben. Eine solche Entscheidung muss in einer eigenen, sorgfältigen Abwägung des Für und Wider, der Risiken und Gefahren getroffen werden [...] Das haben wir getan“¹²

ist nichts anderes als die Schrödersche Haltung, nach der über deutsche Außenpolitik in Berlin, und nirgendwo sonst, entschieden werde. Formal mag das stimmen, aber für eine europäisch und transatlantisch eingebundene, multilateralisierte Mittelmacht wie Deutschland klingt diese Haltung mehr wie die eines pubertierenden Jugendlichen als die eines verantwortungsvollen Erwachsenen. Dass Deutschland die Ziele der Resolution 1973 – u.a. Errichtung einer Flugverbotszone und Verhinderung des von Gaddafi angekündigten Massakers an der Zivilbevölkerung – weitgehend mittrug und zudem zu den lautesten Stimmen gehörte, welche die Abdankung des libyschen Diktators Gaddafi forderten, ohne sich dann an der Umsetzung dieser Ziele zu beteiligen, löste bei vielen Beobachtern Kopfschütteln, bei ebenso vielen jedoch geradezu neudeutsche Begeisterungstürme nach dem Motto „endlich haben wir mal eine souveräne Entscheidung getroffen“ aus.

Das deutsche Argument, dass die Errichtung einer Flugverbotszone eine militärische Intervention von außen bedeute, die nur dann Erfolg haben könne, wenn zur Not auch massiv militärisch interveniert würde, ist durchaus richtig. Dazu sei man entweder nicht bereit oder nicht in der Lage. Das Eskalationspotenzial sei mithin enorm und niemand wolle Partei in einem sich abzeichnenden Bürgerkrieg werden. Ob aber der von der deutschen Politik betonte gründliche Abwägungsprozess tatsächlich stattgefunden hat und alle Folgen des Handelns richtig eingeschätzt wur-

¹² Außenminister *Guido Westerwelle*, Gastbeitrag zum Libyen-Einsatz, in: Süddeutsche Zeitung, 24. März 2011, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2011/110324-BM-SZ.html>.

den, und zudem der politische Kompass richtig justiert war, lässt sich mit ebenso guten Argumenten bezweifeln. Denn gab es wirklich eine zwingende Begründung, sich gegen die traditionelle Grundrichtung deutscher Außenpolitik zu stellen und die USA, Frankreich und Großbritannien gleichzeitig zu verprellen? Zudem: Die auch von deutscher Seite seit langen Jahren geförderte Debatte um eine wie auch immer operationalisierbare Schutzverantwortung (engl. responsibility to protect; Abk. R2P) der internationalen Gemeinschaft bei schwersten innerstaatlichen Verbrechen stand in Kontrast zur deutschen Haltung.

Ich kann das hier nicht systematisch ausführen. Aber wenn Deutschland sich durchgesetzt hätte und Resolution S/RES/1973 nicht zustande gekommen wäre (das war ja wohl das deutsche Ziel!), dann hätte die ohnehin noch fragile Debatte um R2P fraglos mehr Schaden genommen. Möglicherweise hätten einige Mächte zudem auch ohne Sicherheitsratsmandat interveniert – und der Scherbenhaufen wäre noch größer gewesen. Kurzum: Die Betonung der Zivilmacht-Traditionen der Bonner Republik in der Libyen-Entscheidung stand im Gegensatz zur bisher praktizierten Einbindung in traditionelle Bündnisstrukturen und multilateralen Ausrichtung deutscher Außenpolitik.

IV. Bilanz: Deutschland und die Vereinten Nationen

Alles in allem kann Deutschland in den zwei Jahrzehnten seit der Vereinigung unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Bundesregierung eine aktive Politik zur Unterstützung der Vereinten Nationen bescheinigt werden. Deutschland ist insofern im internationalen Vergleich tatsächlich ein guter Freund der UNO – ein guter Freund übrigens, der tief in das eigene Portemonnaie greift, um diese Freundschaft zu pflegen. Von einer abgekühlten Freundschaft würde ich mithin so nicht sprechen. Dennoch wird es zukünftig häufiger Situationen geben (können), in denen sich Deutschland vor die Wahl gestellt sieht, welche Art von Multilateralismus es bevorzugen soll.

Zudem ist es offenkundig, dass auch immer mal wieder krasse Fehlentscheidungen – wie die Libyen-Enthaltung – vorkommen, die gewissermaßen als UN-politische „wild card“ nicht vorhersehbar sind, aber massive Probleme verursachen und Anlass geben können, die Frage neu zu beantworten. *Stefan Bierling*¹³ hat das vor einigen Tagen in der Süddeutschen Zeitung in einem Kommentar mit dem Titel „Am liebsten Schweiz“ schön formuliert: „Wer nicht weiß, was er will und welche Mittel er für seine Ziele einzusetzen bereit ist, wird in der internationalen Politik schnell vom Subjekt zum Objekt. Man kann nicht einen ständigen Sitz im UN-Si-

¹³ *Stephan Bierling*, Am liebsten Schweiz, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. Juni 2012, S. 2.

cherheitsrat anstreben, aber sich enthalten, wenn über den Schutz libyscher Zivilisten abgestimmt wird.“

In der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und folgende hatte Deutschland frühzeitig auf den Reformbedarf der internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung hingewiesen – ohne dabei durchschlagende Erfolge zu erzielen. Sowohl die Große Koalition als auch die Nachfolgerregierung hatten sich für eine Stärkung der Vereinten Nationen in diesem Bereich eingesetzt und dabei pragmatisch sowohl eine Aufwertung von verschiedenen multilateralen „Clubformaten“ wie die G-20 unterstützt als auch stets auf die wichtige Funktion der Inklusivität der Vereinten Nationen hingewiesen.

Deutsche UN-Politik steht damit vor einem kaum auflösbaren Dilemma: Es ist einerseits denkbar (wenngleich unwahrscheinlich), dass sich die Vereinten Nationen als Kern einer Global Governance-Architektur herausbilden und der geregelte Multilateralismus effektiv Probleme löst. Andererseits ist es ebenso denkbar (eher wahrscheinlich), dass Multilateralismus „verclubt“ und unterschiedliche Club-Formate (wie die G-20) sowie andere themenspezifische Politiknetzwerke an Bedeutung gewinnen. Dies würde für die deutsche Außenpolitik bedeuten, pragmatischer und weniger prinzipiell mit multilateralen Formaten arbeiten zu müssen.

Für die deutsche operative Politik resultiert daraus ein hoher Bedarf an strategischen Richtungsentscheidungen, die mit diesen Fragen einhergehen. Zu klären ist etwa:

- Sollen die Funktionen der G-20 auch jenseits von Economic Governance ausgeweitet werden und welches institutionelles Design ist dafür erforderlich?
- Nebenbei gesagt: Was bedeutet das für „the making of Außenpolitik“? Die „G-isierung“ geht mittelfristig mit einer Zentralisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses einher (Dominanz des Bundeskanzleramts) und dürfte die Debatte um Strukturveränderungen (u.a. nationaler Sicherheitsrat etc.) beschleunigen.
- Wäre die G-20 gar auf längere Sicht eine pragmatische Alternative zum reformunfähigen UN-Sicherheitsrat und weiteren Politikfeldern?
- Wie kann der „G-isierungsprozess“ kompatibel zu den UN-Prozessen, insbesondere im ECOSOC, in der Generalversammlung etc. gehalten werden und wie kann vermieden werden, dass dadurch neue Spaltungen entstehen?

Insgesamt wäre es vermutlich nicht unklug, wenn die Richtungsentscheidungen in diesem Fall eher durch eine gewisse strategische *Nicht*-festlegung gekennzeichnet sind! Und das geschieht ja auch.

Ich komme zum Schluss. Von einer Mittelmacht wie Deutschland wird zu Recht erwartet, dass sie eigene Vorstellungen hinsichtlich aktueller und struktureller Problembereiche der internationalen Politik entwickelt und diese durchzusetzen versucht. Deutschland gehört zu den wichtigsten UN-Mitgliedern und hat darüber hinaus eine Verantwortung und auch ein Interesse an einer stabilen und offenen internationalen Ordnung. Insofern ist Deutschland tatsächlich vom Konsumenten zu einem wichtigen (Mit-)Produzenten internationaler Ordnung geworden. Wenn es stimmt, dass außenpolitische Entscheidungen durch den Zweiklang bestimmt werden, was ist außenpolitisch machbar und was ist innenpolitisch mehrheitsfähig, dann haben sich mit Blick auf die deutsche UN-Politik beide Parameter in diesem Zweiklang massiv verändert: außenpolitisch ist die Lage nochmals komplexer geworden, und innenpolitisch haben wir es mit einem unterentwickelten Verständnis für eine Rolle als aktiver Multilateralist zu tun.

Insbesondere mit Blick auf die Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sollte damit eine ernsthafte Selbstprüfung einhergehen, ob die strategische Identität Deutschlands, der weltpolitische Gestaltungswille Deutschlands und die in der Gesellschaft vorherrschenden Einstellungen und Meinungen mit einem offensivem Werben um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat in Übereinstimmung zu bringen sind. Das wäre kein Ausdruck einer abgekühlten Freundschaft, sondern ein realistisches Programm.

Zudem könnte Deutschland in zahlreichen UN-relevanten Politikfeldern durchaus mehr tun und dem rhetorischen Bekenntnis zur Stärkung des UN-Multilateralismus mehr praktische Taten folgen lassen. So scheint es mir, um abschließend nur ein Beispiel zu nennen, durchaus verantwortbar, deutsches Personal in substanzieller Größenordnung in UN-geführten Missionen einzusetzen und sich nicht derart deutlich wie in den vergangenen Jahren auf die UN-mandatierten Missionen zu beschränken.